

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 15.01.2013

AN/0072/2013

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	17.01.2013

Flexible Hilfsangebote in den Stadtteilen statt Pflegeheim-Aufnahmen

Sehr geehrter Herr Paetzold,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Anteil der Kölner Bevölkerung mit Bedarf an Hilfen im Alltag steigt.
Das Spektrum an Wohn- und Lebensformen und die Palette von Diensten, die diese Hilfen ermöglichen, haben sich in den letzten Jahren deutlich erweitert.

Sowohl der Verbleib in der eigenen Wohnung soll verstärkt ermöglicht werden, als auch die Möglichkeit, innerhalb der Nachbarschaft eine neue, bedarfsgerechte Wohnform zu finden. Daneben entwickelt sich deutlich der Bedarf nach selbstbestimmtem Wohnen und damit verbunden der Bedarf nach selbstbestimmten und möglichst flexiblen Hilfsangeboten.

Strategien zur Vermeidung von Aufnahmen in klassische Pflegeheime folgen diesem gesellschaftlichen Trend und sparen nicht zuletzt städtische Mittel.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Antwort auf folgende Fragen:

1. Im Juni 2012 fand eine Tagung des Vereins „Neues Wohnen im Alter“ in Köln statt unter dem Titel: „Wege zu einer Stadtteilarbeit mit Versorgungssicherheit“. Daran waren auch einige Kölner Akteure beteiligt. Welche Modelle und Ansätze gibt es in Köln in Bezug auf Versorgungssicherheit in freien, trägerunabhängigen Wohngemeinschaften, in Wohngemeinschaften in GbR Form, sowie in Nachbarschafts- und Quartierstrukturen?

2. Wie schätzt die Verwaltung die Schaffung bzw. den Ausbau von Angeboten von "Selbstbestimmtes Leben mit Versorgungssicherheit" unter anderem im Sinne des „Bielefelder Modells“ für Köln ein?

In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere Folgendes auszuführen:

- a) Wie können bereits bestehende Versorgungsstrukturen ausgebaut werden?
- b) Wie kann sich das Modellprojekt „Hauswirtschaftliche Hilfen zur Vermeidung von Heimaufnahmen“ als ein Baustein in diesen Kontext einfügen oder wie wird es sich darauf auswirken?
- c) Inwieweit sind diese Angebote geeignet, Aufnahmen in Pflegeheime zu vermeiden und damit auch städtische Mittel zu sparen?

Wir bitten darum, diese Anfrage und die Antworten auch der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik und dem Ausschuss Gesundheit vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer